



## **Auswertung und Schlussfolgerungen – Befragung zur NR-Wahl 2013:**

Die Anzahl der Antworten auf unsere Befragung war erfreulich und überraschend hoch. Das Thema betrifft sehr viele Menschen, das spiegelt sich auch in den Antworten wieder. Doch auch eine andere Erfahrung von uns wurde bestätigt: Es gibt eigentlich keine wissenschaftlich oder statistisch fundierten Arbeiten zu Trennungsfamilien! Alle Ausarbeitungen beruhen auf wenigen Zahlen der Scheidungsstatistik, alles andere sind Äußerungen aus dem eigenen Erfahrungshintergrund ohne echte empirisch – wissenschaftliche Grundlage. Am fundiertesten haben sich offenbar FPÖ und BZÖ mit dem Thema auseinandergesetzt. Der Bedarf an echten Forschungsergebnissen abseits aller Ideologien ist groß!

Bestätigt ist mit der Befragung auch eine andere Vermutung von uns: Von der täglichen Realität bei den Familiengerichten und Jugendämtern haben die meisten Politiker keine Kenntnis und Erfahrung! Das haben wir schon bei den Debatten zur Gesetzesänderung 2012 erkennen müssen! Die Antworten der beiden Regierungsparteien zeigen erwartungsgemäß eine Zufriedenheit mit den bestehenden Gesetzen und Strukturen in Österreich, die anderen Parteien sehen da aber durchaus Reformbedarf. Wir würden uns nach der Befragung eher der Meinung anschließen, dass die Regierungsparteien Reformverweigerer sind und daher für uns nicht wählbar!

Konsens herrscht offenbar bei allen, dass die Beratung und außergerichtliche Unterstützung der Eltern zur Konfliktprävention und –Deeskalation ausgebaut und besser finanziert werden muss. Jedoch mangelt es auch hier an Qualitätskriterien und Ausbildung aller in solchen Beratungen tätigen.

Ebenfalls Konsens bei allen scheint es zu geben, dass das Unterhaltsrecht reformiert werden muss, dass die existenziellen Bedrohungen infolge von Trennungen geringer werden müssen. Doch über das Wie gehen die Vorstellungen auseinander. Die Vorschläge dazu, die gemacht wurden, sollten jedoch sehr ernst genommen und in die Novellierung aufgenommen werden.

Allen gemeinsam ist auch das Bekenntnis zur Verbesserung des Kontaktrechtes für den „anderen“ Elternteil, mit dem das Kind nicht im selben Haushalt lebt. Die Maßnahmen, die dazu in der Familienrechtsnovelle per 1. 2. 2013 gesetzt wurden, sind dafür sicher nicht ausreichend. Obwohl die Regierungsparteien darin der Novelle vertrauen.

Zum Kontaktrecht der (meist) Väter zu mündigen (über 14 jährigen) Kindern gehen die Meinungen auseinander. Sollen über 14 - jährige allein bestimmen dürfen, ob sie mit dem Vater, der ja viel

Unterhalt zahlt, reden wollen? Es schließen sich doch viele unsere Meinung an, dass es einen rechtlichen Auftrag zur Mediation bzw. Kommunikationsaufnahme geben sollte! Denn Teenager wissen noch nicht, wo es „im Leben lang geht“, gerade sie sollen auch einer anderen Meinung als die des Elternteiles, bei dem sie leben, kennen und erfahren lernen!

Die Antworten zeigen auch, dass die Politiker eher den Gesetzen vertrauen anstatt genau auf die Praxis in den Gerichten zu schauen! Symptomatisch dafür ist das Unterhaltsrecht, dessen Novellierungsbedarf von allen erkannt wird. Dabei ist das geltende Gesetz sehr weit gefasst, überlässt fast alles dem richterlichen Ermessen! Trotzdem ist dort das Unrecht am größten, der Reformbedarf am höchsten! Ähnlich schaut es bei der Entfremdung aus: Es ist die Verfahrensgestaltung der RichterInnen, die Entfremdungen am meisten fördert und Kontaktrechte verhindert, damit die Gesetze geradezu unterläuft!

Die Justiz ist der viel stärkere Reformverhinderer als die Politik selber! Das zeigen auch Erfahrungen mit dem neuen Kindschaftsrecht, das bei vielen RichterInnen noch nicht angekommen ist. So müssen wir alle Politiker dringend bitten, den RichterInnen (samt Gutachtern und Jugendämtern) auf die Finger zu schauen, was die mit den wohlmeinenden Gesetzen machen.

Erfreulich ist auch, dass unser Kooperationsangebot von einigen angenommen worden ist. Denn gerade für die beiden zentralen Themen, wie Verbesserung der Beratung und Reform des Unterhaltsrechts sind bei uns schon Konzepte in Ausarbeitung, die wir gerne mit den Parteien diskutieren und entwickeln möchten.